

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	58. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	18. Februar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

**Punkt 14 der Tagesordnung: Sondernutzungsrichtlinie Mühlburg**

**Vorlage: 2013/0326**

**dazu:**

**Änderungsantrag der Stadträtinnen Doris Baitinger und Yvette Melchien, des Stadtrats Michael Zeh (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom**

**12. Februar 2014**

**Vorlage: 2014/0410**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Planungsausschuss -, die Verwaltung mit der Umsetzung der Richtlinie (einschließlich der sich aus den Ziffern 1 - 3 und 6 des Änderungsantrags der SPD ergebenden Änderungen) zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

14 Nein-Stimmen, Rest Ja-Stimmen

Änderungsantrag:

Ziffern 1 - 3, 6 mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Ziffern 4 und 5 bei 22 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss und auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Wir haben uns intensiv mit den Vorschlägen der SPD beschäftigt. Wir sehen in den Vorschlägen der SPD auch noch einmal ein Angebot, auf entsprechende Vorschläge aus der Bürgerschaft zu reagieren. Deswegen nehmen wir die Ziffern 1, 2, 3 und 6 mit den entsprechenden neuen Formulierungen in die Beschlussvorlage auf, so dass Sie die Ziffern 1, 2, 3 und 6 jetzt bitte als Teil der städtischen Beschlussvorlage verstehen und die damit als eingearbeitet gelten. Bei den Ziffern 4 und 5 müssten wir noch einmal separat abstimmen, weil für die Verwaltung doch das Thema einer gewissen Eingrenzung der

Farben der entsprechenden Schirme ganz wichtig ist für ein stimmiges Gesamtbild der Einkaufssituation in Mühlburg.

Weil ich das von den Vordiskussionen auch kenne, möchte ich ausdrücklich sagen, das ist hier eine mit den Beteiligten vor Ort ausgearbeitete Sondernutzungsrichtlinie. Sie ist zweimal im Planungsausschuss detailliert dargestellt und durchdiskutiert worden. Daraus ergibt sich möglicherweise ein gewisser Druck, auch im zweiten B-Zentrum in dieser Stadt über eine Sondernutzungsrichtlinie nachzudenken. Denn eine Sondernutzungsrichtlinie macht man nicht aus Spaß und Tollerei, sondern weil man einen Beitrag zur Verbesserung der Einkaufs- und Aufenthaltsqualität leisten möchte. Aber das, was für Mühlburg gilt, muss für keinen anderen Stadtteil gelten, sondern man fängt dann an einer anderen Stelle wieder genauso an und kann da zu völlig anderen Ergebnissen kommen. Mir ist noch einmal ganz wichtig, dass ich jetzt damit keine Festlegung verbinde, die irgendetwas über eine Festlegung in anderen Stadtteilen nach sich zieht oder vorfestlegt. Das ist mir ganz wichtig, weil jedes B-Zentrum, wie überhaupt jedes Zentrum, das Recht hat, entsprechend seiner Bedürfnisse eigene Sondernutzungsrichtlinien zu verdienen und auch zu entwickeln.

Das noch einmal zur Vorgabe, wie dieser Vorschlag der Verwaltung zu werten ist. Ich bitte jetzt um die Debatte, wenn es dazu Wortmeldungen gibt.

**Stadtrat Dr. Käuflein (CDU):** Eine Vorbemerkung: Es braucht fraglos Regeln für den öffentlichen Raum. Insofern ist es richtig, eine solche Sondernutzungsrichtlinie zu erlassen. Gleichwohl können wir aus fünf Gründen, die ich gleich ausführe, dem Entwurf heute nicht zustimmen, auch dem jetzt durch Sie, Herr Oberbürgermeister, eingeführten modifizierten Entwurf.

1. Nach wie vor sind wir der Auffassung, dass die Richtlinie geprägt ist durch eine zu detaillierte Überregulierung.

Am vergangenen Freitag war es in den BNN zu lesen. Der Vorsitzende des Bürgervereins, Massimo Ferrini sagt: Wir wollen nicht, dass alles einfarbig wird. Mühlburg soll bunt bleiben. Das hat er möglicherweise nicht nur auf die Farbe der eben schon erwähnten Schirme bezogen, sondern auch auf andere Regeln, die da festgeschrieben werden.

Wir können hier einmal die Frage diskutieren, ob man allen Ernstes die Größe und die Materialität von Pflanzgefäßen zentimetergenau regulieren muss. Ich könnte weitere Beispiele nennen.

Also: Erster Punkt aus unserer Sicht eine Überregulierung.

2. Aus unserer Sicht wird ohne sachliche Not ein völlig überflüssiger Zeitdruck erzeugt. Wir hatten Sie, Herr Oberbürgermeister, gebeten, den Punkt in der Januarsitzung abzusetzen. Dem sind Sie gefolgt. Danke dafür. Schon in der nächsten Sitzung, nämlich jetzt im Februar, ist es wieder auf der Tagesordnung, ohne dass wirklich etwas geändert worden wäre. Ein einziges Detail haben Sie bis zur Sitzung heute geändert, nämlich die Erlaubnis von Stehtischen. Unter der Hand ha-

ben Sie jetzt, indem Sie den Antrag aufgegriffen haben, noch weitere Änderungen vorgenommen. Aber die Zwischenzeit wurde genutzt, um eine einzige kleine Änderung, ein einziges kleines Zugeständnis, nämlich die Erlaubnis von Stehtischen, vorzunehmen.

Also: Ein überflüssiger Zeitdruck.

3. Der Zeitpunkt für die Richtlinie scheint uns nicht glücklich gewählt. Die Geschäftswelt in Mühlburg wie in anderen Stadtteilen, aber wir reden jetzt über Mühlburg, leidet unter den vielen Baustellen. An diesem Zeitpunkt müssen wir als Stadt nicht kommen und noch die Geschäftsleute mit zusätzlichen Regeln überziehen. Es besteht kein Druck und es ist der falsche Zeitpunkt.
4. Die Betroffenen - Sie haben es eben angedeutet, Herr Oberbürgermeister - wurden zwar einbezogen in die Entstehung der Richtlinie, aber wir sind der Auffassung, sie wurden nicht ausreichend berücksichtigt.

Ich nenne ein einziges Beispiel, wohlgemerkt, ein Beispiel: Uns wurde die Richtlinie zugestellt mit einem Stand vom Dezember. Es fand dann Mitte Januar vor der Januarsitzung eine Besprechung mit der Interessengemeinschaft Mühlburg statt, also mit einer Vertretung der Geschäftsleute dort. Die haben mehr als ein halbes Dutzend sinnvoller Änderungsvorschläge gemacht. Wir sollten im Januar dann darüber beraten, ohne dass ein einziger dieser Änderungsvorschläge, die zwar sauber protokolliert wurden, auch nur in Andeutung Eingang in den Entwurf gefunden hätte.

Das war einer der Gründe, warum wir gesagt haben. Es besteht Gesprächsbedarf. Bitte setzen Sie den Punkt ab. Führen Sie noch einmal Gespräche. Gehen Sie auf die Akteure zu. Also wirkliche Partizipation sieht aus unserer Sicht anders aus.

Im Grunde verweist der Änderungsantrag der SPD, den Sie sich, Herr Oberbürgermeister, jetzt zu einem Teil zu eigen gemacht haben, auf ein eminentes Partizipations- und Kommunikationsdefizit.

5. Es wird - das sehen wir anderes als Sie, Herr Oberbürgermeister - mit dem möglichen Erlass der Richtlinie heute in der Tat ein Präzedenzfall für andere B-Zentren, nämlich für Durlach, getroffen.

**(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Nein, eben nicht!)**

- Doch, dieser Präzedenzfall wird herbeigeführt, denn, Herr Kollege Pfalzgraf, warum soll man ein anderes B-Zentrum grundsätzlich anderes behandeln. Das können wir uns nicht vorstellen. Es ist interessant, dass aus Durlach bereits, obwohl wir über Mühlburg reden, Widerstand gegen diese Richtlinie kommt, weil die Durlacher Angst haben, dass ihnen in einer ähnlichen Art und Weise das übergestülpt wird.

Zusammenfassend können wir sagen: Wir hätten uns - und wir bedauern es tatsächlich - eine Richtlinie gewünscht, die im tatsächlichen Konsens mit den Betroffenen erarbeitet wird. Das ist nicht der Fall. Deswegen müssen wir mit Bedauern, weil eine solche Richtlinie grundsätzlich sinnvoll wäre, heute dagegen stimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Stadträtin Melchien (SPD):** Wenn es um Mühlburg geht, bin ich betroffen. Ich bin gerne betroffen. Fast ein Vierteljahrhundert habe ich in Mühlburg gelebt und all die Entwicklungen und Probleme, die es notwendig machen, Verbesserungen zu ermöglichen, habe ich sehr genau mitverfolgen können.

Mühlburg ist lebendig, vielfältig, laut, manchmal etwas chaotisch, und - das sage ich aus vollster Überzeugung - Mühlburg steckt voller Potentiale. Unübersichtlichkeit, Rückständigkeit bezüglich einer barrierefreien Nutzung für alle und vor allem die laufenden Veränderungsprozesse im Baulichen, machen es notwendig, dass wir als Gemeinderat die richtigen Weichen stellen, damit sich Mühlburg als zukunftsfähiger Stadtteil Karlsruhes weiter positiv entwickeln kann.

Ausgehend von intensiven Beteiligungsprozessen - Sie haben es angesprochen, Herr Oberbürgermeister - in Rücksprache mit den Interessensvertretern der Gewerbetreibenden und der Bürgerschaft, hat die Verwaltung Richtlinien entwickelt, die es möglich machen, dass Mühlburg den anstrengenden aber wichtigen Weg in die Zukunft erfolgreich gehen wird. Ein frühes und öffentliches Nein von Teilen dieses Hauses ist bei diesem Weg sicherlich keine besonders große Hilfe. Ich werde nachher noch sehr gerne auf Ihre fünf Punkte eingehen.

Ich bin durchaus stolz, dass von unserer Fraktion jene kleinteiligen und mühevollen Änderungsanträge gestellt werden, die mit dazu beitragen können, eine gute und umsetzbare Richtlinie für einen wichtigen Teil des Stadtteils Mühlburg zu erstellen. Ich bin ganz bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, wenn Sie fordern, den Gewerbetreibenden in Mühlburg Handlungsspielräume zu erschließen, um gute Lösungen für ihre Geschäfte verwirklichen zu können. Will man diese Handlungsfreiheit, so muss man Änderungsanträge stellen, die an konkreten Punkten diese ermöglichen, Herr Kollege.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Will man aber auch Ordnung, Übersichtlichkeit, Barrierefreiheit und daraus resultierend Attraktivität und Zukunftsfähigkeit, so bedarf es einer Richtlinie, auch wenn dies im Einzelfall nicht jedem passt.

Neben den dankenswerterweise übernommenen Änderungsanträgen werben wir bei den Vertretern aller Fraktionen hier im Haus um Unterstützung für die nicht übernommenen Änderungsanträge bezüglich der Farbgestaltung der Schirme für den Außenbereich. Wir werden diese wichtige Richtlinie nicht an den Schirmen scheitern lassen, hoffen aber auf Unterstützung in unserem Ansinnen, hierbei die Vorgaben nicht übermäßig streng, sondern für die Gewerbetreibenden praktikabel zu handhaben. Gerade Fila-

listen haben leider auf die Farbgestaltung der Corporate Identity ihres Unternehmens keinerlei Einfluss. Auch diese sollten die Möglichkeit haben, Schirme vor ihren Geschäften aufzustellen. Ich hoffe, dass Sie dem nachher so folgen können.

Noch kurz zu Ihren fünf Punkten:

Der Vorwurf der Überregulierung: Gerade bei dem Punkt, dass es zu detailliert ist, hätten Sie durchaus Änderungsanträge stellen sollen, aber sich zumindest unserem Änderungsantrag anschließen.

Zum Zeitdruck: Es ist jetzt gerade aus dem Beteiligungsverfahren entstanden. Wann sollen wir es dann machen? Beim nächsten "Soziale Stadt Programm Mühlburg" sicherlich nicht. Ich glaube, es ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, vor allem weil jetzt diese großen Umbaumaßnahmen anstehen. Der Sinn dieser Richtlinie ist, nach Abschluss dieser Umbaumaßnahmen eine Ordnung herzustellen. Ich glaube, es ist genau der richtige Zeitpunkt.

Zum Einzug: Auch da hätten Sie ermöglichen können, dass die Punkte, die nicht aufgegriffen wurden, heute hier Gehör finden.

(Beifall bei der SPD)

**Stadträtin Fromm (FDP):** Die FDP-Fraktion wird Ihrem Vorschlag folgen, die Sondernutzungsrichtlinie Mühlburg mit den Ergänzungen der SPD, Ziffern 1, 2, 3 und 6, so wie Sie es gesagt haben, zu beschließen. Unser Votum war so auch schon im Planungsausschuss gewesen. Dankenswerterweise muss ich jetzt einmal die Fairness der SPD loben, die angekündigt hat, dazu einen Antrag zu stellen. So konnten sich die Kollegen und Kolleginnen, die im Planungsausschuss waren, schon damit auseinandersetzen. Dafür zeichnete sich schon auch die Zustimmung ab.

Ich verstehe die CDU nicht. Ist das jetzt Beratungsresistenz?

(Zurufe)

Wiederholt ist im Planungsausschuss dargestellt worden, dass diese Richtlinie gemeinsam mit den Bürgern, mit dem Bürgerverein, mit den Geschäftsleuten gewollt und nicht von oben herab übergestülpt wurde. Insofern ist es etwas ganz anderes.

(Zuruf **Stadträtin Meier-Augenstein/CDU**)

Jetzt muss ich einmal sagen: Wenn die CDU jetzt schon wieder die gleichen negativen Äußerungen hinsichtlich der Erarbeitung dieser Richtlinie macht, dann frage ich mich, ob sie die ständige Information der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Stadtplanungsamtes und das Wort des Bau- und Planungsbürgermeisters anzweifeln, der uns klipp und klar gesagt hat, dass bis auf wirklich wenige Worte immer eine Zustimmung der Entscheidungsträger vor Ort in Mühlburg vorhanden war. So war es.

(Weiterer Zuruf von Seiten der CDU)

Ich finde es auch nicht kollegial, wenn man weiß, dass gerade diese Dinge alle ernst genommen wurden im Planungsausschuss, und hier - genauso wie zweimal schon im Planungsausschuss - argumentiert wird, die Bürgerinteressen würden auf den Kopf gestellt werden und es würde eine übermäßige Regulierung sein. Wenn schon, dann will ich einmal sagen - der Bundestagswahlkampf ist weit zurück -, wer sich mit Regulierungen auseinandergesetzt hat, das waren immer wir. Aber wir sagen: Dadurch, dass Mühlburg eine neue Ortsteilstruktur bekommt, wird alles anders. Es soll eine neue Stadtidentität geschaffen werden, und dadurch möglichst ein einheitlicher Charakter in Mühlburg zustande kommen, dass da wirklich eine ganz tolle Atmosphäre geschaffen werden kann. Diese Vorschläge sind z. B. mit der DEHOGA abgestimmt. Ich habe es schon in drei Sitzungen gesagt: Die wurden übernommen und es wurde bestätigt, dass das richtig ist. Wenn es Gaststätten gibt, die Schwierigkeiten haben, hat man sogar gesagt, es gäbe auch noch einen Bestandsschutz. Wenn jetzt z. B. auch darauf hingewiesen wird, dass bei der Außengastronomie Stehtische in Stil, Material und Farbgebung auf die sonstige Möblierung abgestimmt werden sollen, dann ist das doch wirklich eine Sache, die auch mit Ästhetik zu tun hat. Es ist doch gut für diesen Stadtteil, wenn der Schwung kommt. Eine Richtlinie ist keine Satzung. Eine Richtlinie richtet sich in diesem Fall nur nach Mühlburg. Sonst könnten wir sagen: Wir machen jetzt eine Sondernutzungsatzung für die ganze Stadt Karlsruhe. Da würden wir uns auf alle Fälle dagegen wehren.

Wie gesagt: Hier ist die Grundlage durch viele Bürgerbeteiligungsverfahren gegeben. Wenn es einigen Herren nicht passt, dann müssen Sie auch einmal demokratische Beschlüsse akzeptieren.

(Beifall bei der FDP, Zurufe)

**Stadträtin van Hoff (GRÜNE):** Es ist schon lustig, was für Wogen manchmal bestimmte Dinge schlagen, die eigentlich nur gut gemeint und in dem Fall auch gut gemacht werden können. Das möchte ich einmal voran schicken.

Denn offensichtlich wird vergessen, dass diese Sondernutzungsrichtlinie zum Wohle des Stadtteils Mühlburg aufgelegt wurde - und nicht einfach nur aus der hohlen Hand heraus, um die Leute zu ärgern -, der seit langem im Umbau begriffen ist, wo ein langjähriger Sanierungs- und Umbauprozess noch weiter anhält, der die Atmosphäre und Aufenthalts- und Einkaufsqualität im Stadtteil verbessern soll. Und nicht nur für diejenigen, die kurz nach Mühlburg hineinfahren, weil es praktisch ist, sondern auch für diejenigen, die in Mühlburg wohnen und dort ständig sind, die dort herumlaufen, einkaufen, sich hinsetzen, ein bisschen mit den Leuten reden wollen. Das tun diese Menschen umso lieber, je wohler sie sich in ihrem Stadtteil fühlen.

Man kann nun eindeutig feststellen, dass die Leute sich dort wohlfühlen, wo eine schöne Umgebung ist, wo nicht alles kreuz und quer und durcheinander steht. Und nicht dort, wo sich die Gewerbetreibenden gegenseitig überbieten mit immer höher, immer bunter, vielleicht auch noch immer lauter, weil sie sonst neben dem Nachbarn nicht mehr auffallen. Insofern empfinden wir das auch als eine Art wohltuender Abrüstung, die man dort im Stadtteil anbietet und die zum Nutzen des Stadtteils ist.

Wir wundern uns auch ein bisschen über die Kleinteiligkeit der Angriffe gegen diese Sondernutzungsrichtlinie. Denn es ist eine Richtlinie. Auch dort steht drin, in Einzelfällen kann immer noch etwas anderes beschlossen, beantragt, beraten werden. Solche Einzelfälle sind also möglich. Insofern ist diese ganze Aufregung eigentlich für die Katz. Denn auch die IG Attraktives Mühlburg hat im Grundsatz der Richtlinie zugestimmt und nur in bestimmten Punkten ihre Bedenken geäußert. Genauso wie auch der Bürgerverein nur in ganz geringen Punkten Bedenken geäußert hat. Diese könnte man auch mit einzelnen Anträgen unter Umständen ausräumen und muss dafür nicht die ganze Richtlinie kippen.

Meine Fraktion hat auf jeden Fall großes Vertrauen in die Verwaltung, dass sie mit der Umsetzung dieser Richtlinie so viel Fingerspitzengefühl beweist, dass unter Umständen gebotene Änderungswünsche auch berücksichtigt werden können. Wir sind dafür, diese Richtlinie so umzusetzen. Auch mit den jetzt bekannt gegebenen Übernahmepunkten aus dem Antrag der SPD. Ob jetzt tatsächlich noch über die Schirmfarben abgestimmt werden muss oder nicht, überlassen wir Ihnen. Wir werden auch entsprechend offen abstimmen. Aber wir möchten, dass das so übernommen wird.

Überreguliert sehen wir es aus diesem Grund auf keinen Fall. Wir wissen auch nicht, welchen Konsens man noch hätte erzielen sollen, über das hinaus, was man schon erzielt hat. Man hätte vielleicht noch die Leute fragen können, die dort wohnen. Das ist vielleicht jetzt nicht erfolgt. Aber die freuen sich mit Sicherheit, wenn es dort schöner wird.

Ansonsten ist auch Mühlburg das Sanierungsgebiet und nicht Durlach. Schon allein daher ist es nicht übertragbar. Wenn einmal in Durlach etwas grundsätzlich geändert werden würde, muss man eben dann dort darüber nachdenken, was man dann zum Wohle Durlachs noch besser machen könnte.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadtrat Cramer (KAL):** Meine Fraktion freut sich, dass das Stadtplanungsamt und die zuständigen Abteilungen endlich - das möchte ich in Großbuchstaben schreiben - endlich sich auf den Weg gemacht haben, hier eine Verordnung aufzustellen. Denn in den vergangenen Jahren haben wir das schon einmal versucht. Im Bereich der Kaiserstraße ist es uns damals nicht gelungen. Wir sind der Meinung, dass hier gute Arbeit geleistet wurde, in den Ergebnissen, die im Planungsausschuss vorgelegt wurden und was uns jetzt hier im Gemeinderat vorliegt. Es wurde absolut gut gearbeitet in Abstimmung mit den Betroffenen.

Herr Dr. Käuflein, ich höre andere Sachen aus Mühlburg, wenn ich auch auf die Leute höre, die in diese Stadtteilkonferenzen gehen. Die haben nicht diese negative Meinung, wie Sie es jetzt hier kolportieren. Ich muss ganz ehrlich sagen, es kommt mir ein bisschen so vor, als wenn da einige Kostgänger der CDU dem Stadtteil vorgeben wollen, was für den Stadtteil gut ist.

(Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**; Unruhe)

So ist es nicht. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind mit dem, was dort diskutiert wurde, sehr zufrieden. Von daher kann ich das, was Sie hier vorgetragen haben, nicht wirklich ernst nehmen. Vor allem sagen Sie, dass Sie es grundsätzlich gut finden, nur nicht für Mühlburg. Das muss man irgendwie verstehen.

Meine Fraktion möchte - da hat Frau Kollegin Fromm ein richtiges Wort gesagt - eine gewisse Ästhetik. Was wir nicht wollen: Wir wollen nicht eine "Klimbim-Kultur" auf den Gehwegen und Straßen von Mühlburg, sondern wir wollen hier ein Niveau, das einem B-Zentrum gut steht. Darum werden wir heute auch mit allen Änderungsvorschlägen der SPD mitgehen. Bis auf die Schirme. Dem können wir nicht zustimmen. Das ist für uns schon wieder zu klein-klein. Aber alle anderen Sachen werden wir so mittragen. Ich denke, Mühlburg wird auf Dauer mit dieser Entscheidung glücklich sein.

(Beifall bei der KAL)

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich habe mein Büro in Mühlburg. Ich mache mir auch meine Gedanken. Ich muss dazu sagen, der Stadtteil Mühlburg wird derzeit durch bauliche und verkehrliche Veränderungen - nicht nur heute, sondern auch in den kommenden Jahren - in die Mangel genommen.

Ein Zeitpunkt, der - wir hatten eine lange Diskussion in Reihen der Freien Wähler - für eine Reglementierung des Einzelhandels nicht besonders gut ist. Statt bis zur Fertigstellung aller baulichen Maßnahmen in Mühlburg zu warten, wird jetzt ein zeitlicher Druck erzeugt. Diesem Druck werde ich mich heute in keinsten Weise beugen und die Anträge und die Beschlussvorlage ablehnen.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Ich möchte nicht Wasser in den Wein gießen. Der Kollege Dr. Käuflein hat das Wesentliche gesagt.

Aber noch einmal folgendes: Die SPD-Anträge zeigen, dass Beratungsbedarf bestanden hat und besteht. Man kann nicht davon ausgehen, dass das alles sehr sorgfältig vorbereitet ist, wenn man jetzt in letzter Minute solche Anträge bringt. Die mögen berechtigt sein. Aber wesentlich ist für mich auch die von Ihnen gerade eben angesprochene Zeitfrage. Es gibt keinen Anlass für diesen Druck. Aber es gibt auch keinen Anlass, nicht alle wesentlichen Akteure dieser Stadt mit einzubeziehen.

Ich frage mich allen Ernstes: Was hält die Verwaltung beispielsweise davon ab, das durchaus vergleichbare B-Zentrum Durlach und deren Akteure, deren Leute, die etwas von Geschäftemachen verstehen - und wir wollen Leute haben, die da Geschäfte machen, das bitte nicht vergessen - mit einzubeziehen.

**(Stadträtin Fromm/FDP: Die sind einbezogen!)**

- Die sind nicht einbezogen. Die DEHOGA ist doch nicht die Einbeziehung des B-Zentrums Durlach. Ich muss Ihnen sagen, es liegt der CDU-Fraktion einzig und allein daran, dass alle wesentlichen Akteure mit einbezogen werden. Wenn das erfolgt, stim-

men wir zu. Nur so, wie es jetzt gegangen ist, unter diesem Zeitdruck, lehnen wir das kategorisch ab.

(Zurufe, Unruhe; Beifall bei der CDU)

**Bürgermeister Obert:** Es war - das scheint mir fast der Grundirrtum zu sein von Herrn Stadtrat Wenzel - die Rede von, er lehne eine Reglementierung ab. Diese Reglementierung gibt es schon. Was ist, wenn wir keine Richtlinie machen? Es wird eine Sondernutzungserlaubnis immer gebraucht und benötigt, wenn man etwas in den öffentlichen Straßenraum hineinstellt. Wenn jemand auf seinem eigenen Grund und Boden beispielsweise eine Gaststätte mit einem Biergarten hat, der zum Grundstück gehört, dann kann er in seinen Biergarten mehr oder weniger hineinstellen, was er will. Wir reden ausschließlich von der Sondernutzung des öffentlichen Straßenraums. Das muss genehmigt werden. Es kostet sogar Geld.

(Zuruf)

- Ja, das kostet eine Gebühr. Aber es heißt noch lange nicht, wenn diese Sondernutzungserlaubnis eine Gebühr kostet, dass ich dann machen kann, was ich will. Das kann ich auch heute nicht. Denn ich muss auch heute sagen, was ich da mache. Die Verwaltung entscheidet dann nach billigem Ermessen, was sie genehmigt und was nicht.

Frau Stadträtin Fromm hat darauf hingewiesen, es ist keine Satzung. Es ist eine Richtlinie für die Verwaltung, damit die Verwaltung etwas in der Hand hat, mit einer gewissen Einheitlichkeit diese Anträge zu verbescheiden, und dass auch derjenige/diejenigen, die Anträge stellen, wissen, ich kann mich darauf verlassen. Wenn ich mich in einem bestimmten Rahmen bewege, bekomme ich das genehmigt.

Reglementiert - ich unterstreiche es ausdrücklich - ist es auch heute schon. Wenn ich jetzt zugespitzt formulieren würde, würde ich sagen: Es ist jetzt eben der Willkür der Verwaltung überlassen, was sie genehmigt oder nicht.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Maul/SPD**)

Natürlich muss sie auch dort Recht und Gesetz wahren. Das ist keine Frage. Aber es geht um eine Richtlinie für die Verwaltung, wie sie mit diesen Erlaubnissen umgeht.

Lassen Sie mich noch ein paar wenige Dinge sagen über den Ablauf. Warum jetzt? Es war interessanterweise die IG Attraktives Mühlburg selbst, die auf uns zugekommen ist und gesagt hat, wenn wir jetzt alles umbauen mit großem Aufwand, dann sorgt doch dafür, dass das Bild, das dann entsteht, vernünftig ist, wörtlich, "dass der Kruschd wegkommt, der so rumsteht." Also, die Initiative ging sogar von dort aus, was für uns als Verwaltung sehr goutiert wurde, damit wir jetzt eine Verhandlungsbasis haben. Es wird von dort sogar gewollt.

Dann ist verhandelt worden. Dann gab es einen Punkt. Da liegt vielleicht jetzt auch die Irritation, weil später wieder ganz andere Punkte kritisiert wurden oder Sie auch, Frau Melchien, in Ihrem Gespräch dann wieder Einzelpunkte genannt haben, die wir so nicht

kommuniziert haben. Wir waren einmal an einem Punkt. Der Vertreter der IG Attraktives Mühlburg war bei der IHK und der Vertreter der IHK hat bestätigt - er hat es auch im Planungsausschuss bestätigt -, dass es nur noch zwei Punkte gegeben hat, die offen waren. Das waren die Stehtische. Das haben wir gleich geändert, da hatten wir einen Fehler gemacht. Und es war die Sache mit den Kundenstoppfern, die jetzt in Ihren Antrag vorkommen. Das haben wir nicht übernommen. Erst danach sind wieder neue Dinge aufgekommen. So war der Ablauf.

Eine Sache erlaube ich mir noch zu den Schirmen zu sagen. Es ist in der Presse gesagt worden, in der Richtlinie stünde, man müsse lauter weiße Schirme benutzen. Das steht nicht drin. Sie wissen, was drin steht. Es sollen helle, gedeckte Farben sein. Jetzt kommt der Antrag der SPD. Ich würde Sie bitten, es sich vielleicht doch noch einmal zu überlegen, oder wenigstens die Mehrheit im Hause es sich zu überlegen. Denn das Argument ist: Was ist mit den Filialisten? Bestimmte Getränkehersteller oder große Kaffeeröstereien haben nun einmal ihre Farben. Das stimmt aber heutzutage nicht mehr. Sie können es sogar hier am Marktplatz sehen, wo ein koffeinhaltiges Getränk, das normalerweise rot ist, einen Schirm im Angebot hat, der genau dem entspricht. Der Kaffeeröster hat das auch. Sogar eine hiesige Brauerei, die normalerweise grün ist, hat das auch.

Warum haben die das? Weil die Stadt Karlsruhe nicht der Vorreiter ist von solchen Richtlinien. Weil es in der Umgebung, in den anderen Teilen Deutschlands, viele solcher Richtlinien gibt und viele solcher Richtlinien diese helleren, gedeckteren Farben wünschen. Deswegen haben diese Getränkehersteller diese Schirme bereits im Angebot. Auch dies wäre möglich. Wenn dies Ihr Hauptargument ist, so wäre dem Genüge getan.

Wichtig ist mir, dass wir niemandem etwas aufpfropfen wollen. Wir haben wirklich intensiv diskutiert. Irgendwann muss man einmal einen Knopf dran machen. Lassen Sie mich das noch einmal unterstreichen, was ich Eingangs gesagt habe: Wenn es keine Richtlinie gibt, gibt es die Reglementierung gleichwohl, denn die steht im Gesetz.

(Vereinzelter Beifall)

**Der Vorsitzende:** Lassen Sie mich ergänzen: Immer wenn man beispielsweise die Außenleuchtwerbung in bestimmten Stadtteilen versucht der historischen Fassade anzupassen, sind es immer die Filialisten, die sagen, das geht überhaupt nicht, weil sie einen bestimmten Markenkern haben. Wenn Sie dann einmal Richtung Bodensee gehen und durch Engen und viele andere Orte, die trotzdem eine solche Richtlinie erlassen haben, dann finden Sie völlig kreative und sofort erkennbare Umsetzungen dieser klassischen Schriftzüge in einer entsprechend vorgegebenen Farbe und auch Form. Ich habe bei den Filialisten überhaupt keine Bedenken, dass die nicht mitkämen. Es ist für den einen oder anderen kleinen Ein-Personen-Einzelhändler möglicherweise dann etwas, wo er zusätzliche Finanzmittel in die Hand nehmen muss. Aber die Filialisten haben Konzepte damit umzugehen, wiewohl sie vorher natürlich immer erst einmal heftig dagegen protestieren.

**Stadtrat Dr. Käuflein (CDU):** Eine kurze Erklärung zu unserem Abstimmungsverhalten. Wir werden im Interesse der Mühlburger Geschäftswelt den Änderungsanträgen

der SPD, weil sie in die richtige Richtung gehen, zustimmen, wenngleich wir aus den genannten fünf Gründen das Gesamte ablehnen.

(Zurufe)

**Der Vorsitzende:** Dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich fange mit dem Änderungsantrag der SPD an. Da haben wir schon die Ziffern 1, 2, 3 und 6 übernommen. Damit sind Sie einverstanden. Dann brauchen wir das nicht abstimmen.

Jetzt bleiben nur noch die Ziffern 4 und 5 übrig. Die würde ich gerne zusammenfassen. Da geht es um die Farben der Schirme. Herr Bürgermeister Obert hat ausgeführt, weswegen wir Ihnen vorschlagen, hier bei der Verwaltungsvorlage zu bleiben. Wer für den Änderungsantrag oder gegen den Änderungsantrag der SPD, Ziffer 4 und 5, ist, der möge jetzt bitte sein Kartenzeichen geben.

Ich glaube, wir müssen einsammeln. Das ist eine so wichtige Entscheidung. Das wollen wir genau wissen.

(Heiterkeit, Zurufe)

- Es ist richtig, die Wahlkämpfe fallen nicht unter diese Richtlinie. Die CDU kann ihre schwarzen Schirme trotzdem aufstellen.

(Heiterkeit)

22 Ja-Stimmen, das lässt noch alles offen. 24 Nein-Stimmen. Damit bleibt die Farbe weiter gedeckt bzw. hell.

Wir stimmen jetzt über die Sondernutzungsrichtlinie insgesamt ab. Wie gesagt, die Punkte 1, 2, 3 und 6 des SPD-Antrags sind beinhaltet.

**(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Jetzt rot!)**

- Jetzt kommt die rote, Herr Ehlgötz, genau!

(Heiterkeit)

14 Nein-Stimmen, der Rest Ja-Stimmen.

Das ist dann eine breite Zustimmung für die Sondernutzungsrichtlinie. Damit geht eine lange, beteiligungsorientierte Diskussion zu Ende.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
17. März 2014